

Zur außenpolitischen Diskursstruktur in den Niederlanden

(Henning Boekle/Veit Swoboda)

Im Folgenden werden die außenpolitisch relevanten Diskursträger vorgestellt, wobei mit den verfassungsgemäß wichtigsten begonnen wird.

Der Premierminister

Der Premierminister spielt im Kabinett die Rolle eines Koordinators und Maklers, da das Kabinett von einer Mehr-Parteien-Koalition gebildet wird und wichtige Entscheidungen durch das vollzählige Kabinett kollektiv getragen werden (Art. 45 (2) der Verfassung von 1983).¹ Die Position des Premierministers, ist insbesondere in Bezug auf außenpolitische Fragen schwächer als in anderen demokratischen Systemen, da er keine Richtlinienkompetenz besitzt. Seine verfassungsrechtliche Rolle ist die des *primus inter pares.*, dessen Aufgabe insbesondere in der Vermittlung zwischen den widerstreitenden Interessen verschiedener Minister und Koalitionsparteien liegt. Gerade in der Europapolitik sind Spannungen zwischen Premierminister und Außenminister, die verschiedenen Parteien angehören, nicht selten: Auf Grund der Entwicklung des Europäischen Rates konnte der Premierminister Macht akkumulieren. Da aber die niederländische Außenpolitik letztendlich auf einstimmigen Kabinettsmandaten beruht, deren Ausarbeitung weiterhin klassischer Weise dem Außenminister obliegt, kann zwar von einer leichten Machtverschiebung gesprochen werden, keinesfalls aber von einem Wechsel. Trotz des wachsenden Gewichtes des Premierministers bleibt die ‚key role‘ im außenpolitischen Sinne für den Minister des Auswärtigen reserviert. Allerdings gibt es regelmäßig Befürworter einer größeren Rolle des Premierministers in der Formulierung der Außenpolitik.²

Außenminister und –ministerium

¹ Nach der niederländischen Verfassung von 1983 wird die Regierung zwar von König(in) und Ministern gemeinsam gebildet. Der Krone fallen in der Verfassungspraxis jedoch praktisch keine exekutiven Funktionen zu. Auch die jährliche Thronrede wird zwar vom König/von der Königin gehalten, aber vom Premierminister auf Grundlage der kollektiv getragenen Regierungspolitik abgefasst. De facto ist damit nicht die „Regierung“, sondern der „Ministerrat“ die tatsächliche Exekutivgewalt, den der Premierminister zwar präsidiert (Art. 45 (2) der Verfassung), indem er aber über keinerlei Weisungskompetenz verfügt. Aufgrund der häufig unklaren Mehrheitensituation im Parlament kommt der Krone allerdings einige reale Bedeutung bei der Regierungsbildung zu. Zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der niederländischen Regierung in den Niederlanden s. auch (Lepszy, 1999).

² z.B. Voorhoeve, NRC Handelsblad, 6.3.1999.

Netherlands

Die politische Leitung des Außenministeriums umfasst zwei Minister und einen Staatssekretär. Der Außenminister „teilt“ sich sein Ministerium mit dem Minister für Entwicklungshilfe und dem Staatssekretär, der vor allem für das Politikfeld der europäischen Integration zuständig ist. Die Zusammenarbeit der beiden Minister läuft in der Regel problemlos: „the two-headed leadership (of the Foreign Ministry by the Minister for Foreign Affairs and the Minister for Development Cooperation) has usually (but not always) worked smoothly“ (Voorhoeve 1979: 58). „Der ‚Kapitän des Schiffs‘, wie Premierminister Wim Kok sich einmal äußerte, ist aber zweifellos der Außenminister.³ Er ist die zentrale Figur nicht nur im Außenministerium, sondern auch in der gesamten niederländischen Außenpolitik. Dies resultiert zum einen – verfassungstheoretisch – aus der relativ schwachen Stellung des Premierministers (fehlende Richtlinienkompetenz), zum anderen – verfassungspraktisch – aus einem von Anfang an dominant ausgelegten Verständnis der ersten Außenminister von ihrer verfassungsrechtlichen Position (Lepszy 1999: 360). Der Außenminister hat die formelle Verantwortlichkeit für die Präsentation von Vorschlägen an das Kabinett. Im außenpolitischen Bereich ist er ‚unquestionably the dominant actor regarding foreign policy in the Netherlands‘ (Everts und Walraven 1989:88). Die Position des Außenministers kann besonders stark sein, wenn er Mitglied oder sogar Leiter einer anderen Partei als der des Premierministers ist; und wenn er seine formell verfassungsrechtliche Rolle völlig ausspielt. In der Praxis sind außenpolitische Kabinettsentscheidungen also meistens ein formales „Übernehmen“ der Vorschläge und Position des Außenministers.

Die Position des niederländischen Außenministers wird weiterhin verstärkt, weil der Premierminister in europäischen Angelegenheiten auf der Grundlage eines Kabinettsmandates operiert. Bei der Formulierung dieses Mandates spielt der Außenminister eine zentrale Rolle. Gewöhnlich bietet das Kabinett in dieser Hinsicht dem Außenminister großen Spielraum. Der Außenminister ‚has remained pre-eminent in foreign policy‘ (Voorhoeve 1979: 77). Doch hat auch der in den 60er Jahren eingerichtete zweite Ministerposten – jener für Entwicklungszusammenarbeit – in Abhängigkeit von der jeweiligen Persönlichkeit des Amtsinhabers einiges außenpolitisches Profil erwerben können. Dies gilt z.B. für den gegenwärtigen Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Jan Pronk, der sich nicht zuletzt durch sein Engagement in der internationalen Umweltpolitik einen Namen gemacht hat.

³ Wim Kok: De volkskrant, 2.3.1993

Weitere Ministerien

In Sicherheitsfragen stellt der Verteidigungsminister einen wichtigen Diskursträger dar. Ihm obliegt die ministerielle Verantwortung für den gesamten Verteidigungsbereich, wobei er aber an die Grundlinien der niederländischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gebunden ist, wie sie in der Regel vom Außenminister erarbeitet und vom Kabinett kollektiv beschlossen werden. Die außenpolitische Rolle des Verteidigungsministers kommt demnach bei weitem nicht an jene des Außenministers heran. Doch bringt es die spezifische Dynamik von Koalitionsregierungen gelegentlich mit sich, dass der Verteidigungsminister einer anderen Partei angehört als der Premierminister und auch der Verteidigungsminister – insbesondere dann, wenn, was in den Niederlanden eher die Regel denn die Ausnahme darstellt, mehr als zwei Parteien an der Regierung beteiligt sind. In solchen Situationen kann es wohl dazu kommen, dass der Verteidigungsminister sein außenpolitisches Profil gegenüber Premier- und Verteidigungsminister zu schärfen versucht.

Zumindest in der Europapolitik haben – v.a. durch ihre Einbindung in den Ministerrat – letztlich alle niederländischen Fachminister ihren Status in der Außenpolitik aufwerten können. Dies gilt natürlich in besonderem Maße für den Wirtschafts- und den Finanzminister, die aufgrund des markanten außenwirtschaftspolitischen Profils der Niederlande auch über die Europapolitik hinaus von außenpolitischer Bedeutung sind. Insbesondere in der Europapolitik ist es aber wegen der gewachsenen Bedeutung wirtschafts- und finanzpolitischer Fragen in den Niederlanden – wie auch in den anderen EU-Ländern – zu einer gewissen außenpolitischen Machtverschiebung weg von den „traditionellen“ Stellen – insbes. dem Außenminister – hin zum Wirtschafts- und zum Finanzministerium gekommen. Trotz des verfassungsmäßig verankerten Grundsatzes der Autonomie der jeweiligen Minister innerhalb ihres Verantwortungsbereichs sind die Probleme im Zusammenhang mit Machtverschiebungen innerhalb des Kabinetts in den Niederlanden aber nicht konfliktiv, sondern auf dem Wege intensiver interministerieller Koordination gelöst worden. Mehrere interministerielle Kommissionen und Ausschüsse für verschiedene Politikbereiche, die die Kompetenzbereiche mehrerer Ministerien betreffen, wurden eingerichtet. Und die Positionen, die niederländische Fachminister im Ministerrat der EU vertreten, werden weiterhin generell kollektiv vom Kabinett entschieden (Bos 1991: 66-87).

Der Staatsrat

Der Staatsrat ist eine Besonderheit der niederländischen Verfassung. Dieses Organ besteht aus einer nicht festgelegten Zahl vom König auf Lebenszeit ernannter Mitglieder.

Netherlands

Verfassungsrechtlich wie –praktisch ist der Staatsrat für die niederländische Außenpolitik allerdings kaum von Bedeutung. Verpflichtend ist lediglich seine Konsultation durch die Regierung im Zusammenhang mit allen Gesetzesvorhaben und Beitritten zu völkerrechtlichen Verträgen. Die Regierung ist an das Votum des Staatsrates jedoch grundsätzlich nicht gebunden, sodass er als lediglich beratendes Organ fungiert. Allerdings kann der Staatsrat auch aus eigenem Antrieb Empfehlungen unterbreiten, die jedoch gleichfalls nicht bindend sind. Als außenpolitischer Diskursträger spielt der Staatsrat dementsprechend keine oder bestenfalls eine geringe Rolle.

Das Parlament

Das niederländische Parlament besteht aus zwei Kammern und wird *Generalstaaten* genannt. Die Hauptaufgabe der aus 75 von den Provinzialstaaten (den Parlamenten der Gebietskörperschaften) gewählten, auch „Senatoren“ genannten Mitgliedern bestehenden Ersten Kammer, der *Chambre de reflection*, ist die Kontrolle des Gesetzgebungsverfahrens. Im außenpolitischen Bereich ist ihre Rolle eher unbedeutend.

Die Zweite Kammer, die *Tweede Kamer*, hat in der Außenpolitik ein höheres Gewicht. Ihre 150 Mitglieder werden von der Gesamtheit der Wahlberechtigten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Dabei ist zu beachten, dass die Verfassung sowohl Doppelmitgliedschaften in beiden Kammern als auch die gleichzeitige Mitgliedschaft in den Generalstaaten und dem Kabinett sowie die gleichzeitige Ausübung weiterer Staatsämter explizit ausschließt (Inkompatibilitätsgrundsatz nach Art. 57 der Verfassung). Durch ihr Initiativrecht für Gesetzesvorlagen, bei der Verabschiedung des Haushaltsbudget oder die Kontrollfunktionen der „kleinen“ und „großen“ Anfrage kann das Parlament Einfluss auf die Außenpolitik nehmen. Das wichtigste Instrument ist jedoch die ‚*motie*‘, ein Antrag auf Feststellung der Positionen der Regierung zu dem jeweiligen Politikfeld. Die Regierung wird durch sie also aufgefordert, dem Parlament Rechenschaft abzulegen. De facto muss die Regierung diesem Antrag aber nicht stattgeben, und einige Minister haben sich schon mehrmals geweigert, nach dem expliziten Wunsch des Parlamentes zu handeln (Everts und Walraven 1989:103). Mittels eines Misstrauensantrags kann das Parlament letztendlich aber einen bestimmten Minister oder das ganze Kabinett zum Rücktritt zwingen. Dies heißt im praktischen Sinne, dass Außen – und Verteidigungsminister eine möglichst breite Unterstützung ihrer Maßnahmen und Politik im Parlament und innerhalb ihrer Parteien suchen.

Netherlands

Verfassungsrechtlich verfügt das Parlament über eingeschränkte Kompetenzen, in der Praxis aber wurde die *Tweede Kamer* durch ein besonderes Instrument parlamentarischer Kontrolle im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik mächtiger. 1979 war das Parlament durch die Ankündigung der Entscheidung irritiert, dass die Niederlande ein Truppenkontingent zur UNIFIL-Operation in den Südlibanon schicken würde, ohne dass es vorherige Konsultationen gegeben hätte (Honig 1993). Nach zwei *'moties'* bedeutete dieser Vorfall in der Praxis, dass – obwohl das Parlament nicht die formelle Kompetenz des *'co-decision making'* hat – die Regierung verpflichtet ist das Parlament in der Phase vor einem militärischen Einsatz zu befragen (Berghorst 1996). Dies und das weitere Streben in den 90er Jahren nach einer größeren Ausweitung ihrer außenpolitischen Kompetenzen⁴ zeugt von dem großen Selbstbewusstsein der niederländischen Parlaments: Es versteht sich dabei als Sachverwalter des Gemeinwohls und als über Partikular- und Parteiinteressen stehendes nationales Diskussionsforum: „Es herrscht die Form des politischen Diskurses, des Austausches von Argumenten mit dem Ziel einer weitgehend einvernehmlichen Kompromissfindung“ (Lepszy 1999: 355).

Auffällig ist das starke Interesse des niederländischen Parlamentes an Fragen der Außenpolitik, und hier wiederum an solchen eher humanitärer Art, die außerhalb der zentralen Außenpolitikbereiche Sicherheit/NATO und europäische Integration liegen:: „[...] *in parliamentary debates in Holland more time was devoted to the situation in Vietnam, Angola, South Africa, Greece, Chile etc., than to problems of European integration and Atlantic co-operation.*“ (Deboutte und Staden 1978: 75). Seine konkreten außenpolitischen Aufgaben verfolgt das Parlament überwiegend in den ständigen Ausschüssen für Außen- und Verteidigungspolitik. In diesen Ausschüssen haben die Experten der jeweiligen Parteien im Außen- und Verteidigungsbereich ihren Sitz. Die große Parteien stellen jeweils eine Person in einem der zwei ständigen Ausschüsse. In der Europapolitik ist der ersten Kammer der „Ausschuss für die Organe der Europäischen Zusammenarbeit“, und der zweiten Kammer der „Ausschuss für Europäische Angelegenheiten“ unterstellt.

Die politischen Parteien

Wie in anderen repräsentativen Demokratien spielen auch in den Niederlanden die politischen Parteien als Diskursträger eine bedeutende Rolle. Ursprünglich war die niederländische Parteienlandschaft stark konfessionell geprägt gewesen. Der sozialdemokratischen Partei (*Partij van de Arbeid*, PvdA) standen als konfessionell-christliche Parteien die christlich-

⁴ z.B. *Toetsingskader*-Kompromis s 1995

Netherlands

historische Union (CHU), die Katholische Volkspartei (KVP) sowie die Antirevolutionäre Partei (ARP) gegenüber, die sich dann Mitte der 70er Jahre im Zuge der sogenannten „Entsäulung“ der niederländischen Gesellschaft zum Christlich-demokratischen Appell (CDA) zusammenschlossen. Schon zuvor hatte das Parteiensystem durch den Aufstieg der nach ihrem Gründungsjahr benannten linksliberalen „*Democraten '66*“ (D66), die sich im liberalen Lager zur rechtliberalen Partei für Freiheit und Demokratie (VVD) gesellten, eine Veränderung erfahren. Seither ist die niederländische Parteienlandschaft relativ stabil geblieben, und im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern haben auch die Grünen als politische Partei keinen nennenswerten Status erlangt. Sei dem Zweiten Weltkrieg wurden die Niederlande durchgängig von PvdA-, KVP-, ARP- und CDA-geführten Koalitionsregierungen regiert.

Tiefgreifende parteipolitische Konflikte und Debatten sind in den Niederlanden selten. Soweit es sie überhaupt gibt, spielen sie sich häufig eher innerhalb als zwischen den Parteien ab. Aufgrund ihrer vergleichsweise zahlreichen Mitgliedschaft haben insbesondere die PvdA und der CDA solche innerparteilichen Debatten um außenpolitische Themen erlebt. Insbesondere in den 70er Jahren herrschten innerhalb der PvdA teilweise erhebliche Kontroversen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen, etwa zur niederländischen NATO-Mitgliedschaft und dem Verhältnis zu den USA, aber auch zu Themen wie dem Vorgehen gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. Danach waren für einige Jahre der NATO-Doppelbeschluss und eine mögliche Atomwaffenfreiheit der Niederlande Punkte, die zu erheblichem innerparteilichen Streit führten (Everts 1985: 60f.). Der NATO-Doppelbeschluss verursachte auch erhebliche Friktionen innerhalb des CDA, dessen linker Flügel sich 1979 von seiner Umsetzung distanzierte (Everts 1985: 61). Die Nähe des linken CDA-Flügels zur PvdA ist auch bei Themen wie etwa der Apartheid-Problematik und der Entwicklungs- und der Menschenrechtspolitik allgemein augenfällig. Doch haben beide Parteien (bzw. die PvdA und die konfessionellen CDA-Vorgängerparteien) in der Vergangenheit ja auch schon gelegentlich gemeinsame Koalitionsregierungen gebildet, die kaum von außenpolitischen Kontroversen beeinträchtigt worden waren. In den letzten Jahren ist der weite außenpolitische Grundkonsens zwischen den niederländischen Parteien in der Europapolitik durch euroskeptische Töne aus der VVD herausgefordert worden. Doch ist die VVD derzeit ihrerseits Regierungspartner der PvdA, und kabinetsinterne Kontroversen um außenpolitische Fragen sind kaum aufgetreten.

Für alle Parteien gilt, dass die Anzahl der auf außenpolitische Themen spezialisierten Führungspersonen generell sehr klein ist. Insbesondere den informellen Parteiführungen (v.a.

Kabinettsangehörigen) sind in den letzten Jahren im Zuge des wachsenden politischen Koordinationsbedarfes und aufgrund der immensen Rolle der Fraktionen für die Arbeit der Zweiten Kammer des Parlaments Aufgaben zugewachsen, teilweise auf Kosten der formalen Parteiführungsorgane (Lepszy 1999: 334-336).

„Single issue“-Gruppen und soziale Organisationen

Gesellschaftliche Gruppen sind in den Niederlanden vergleichsweise zahlreich, mitgliederstark, öffentlich präsent und außenpolitisch einflussreich. Bei vielen solchen Gruppen handelt es sich um so genannte „single issue“-Organisationen, also solchen, die sich vornehmlich oder gar ausschließlich auf ein zentrales politisches Anliegen konzentrieren (z.B. Menschenrechte, Entwicklung, Abrüstung, bestimmte Länder). Besonders aktiv waren solche Gruppen in der Vergangenheit etwa im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die südafrikanische Apartheid und im Bemühen um eine Verhinderung der Stationierung neuer Nuklearwaffen im Zuge der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses (Everts 1985: 62-64); (van Staden 1985; Soetendorp 1989, van Haalen 1985) . Der Einfluss dieser Gruppen beruht dabei auf mehreren Faktoren. Einmal wird die Qualität der durch sie gesammelten und publizierten Information auch von Seiten der außenpolitischen Entscheidungsträger häufig überaus geschätzt (Everts 1985: 63). Zum Zweiten unterhalten manche dieser Organisationen enge Beziehungen zu Angehörigen der politischen Elite, und auch Doppelmitgliedschaften in einer politischen Partei und einer oder mehrerer gesellschaftlicher Organisationen sind nicht selten. Drittens schließlich erhalten diese Gruppen dadurch Einfluss, dass zumindest einige ihrer Mitglieder als Angehörige der sogenannten „informellen Elite“ in der niederländischen Außenpolitik gelten müssen.

Die „informelle Elite“

Ein besonders illustres und schwer zu erfassendes Element der außenpolitischen Diskursstruktur in den Niederlanden ist die so genannte „informelle Elite“. Dieser in der Literatur zur niederländischen Außenpolitik häufig gebrauchte Begriff bezeichnet die Gesamtheit derjenigen Personen, die Einfluss auf die Außenpolitik besitzen, ohne mit formaler außenpolitischer Mitentscheidungskompetenz ausgestattet zu sein. Insbesondere Akademiker, Journalisten und Publizisten mit thematischem Schwerpunkt in außenpolitischen Fragen, aber auch Wirtschaftsexperten werden zur informellen Elite gezählt. Dabei sind die Übergänge zwischen „formeller“ und „informeller“ außenpolitischer Elite fließend. In den Niederlanden als relativ kleinem Land mit begrenzter Bevölkerung ist das Hin- und

Netherlands

Herwechseln zwischen aktiver Politik und wissenschaftlicher oder publizistischer Politik-reflektion oder auch zwischen einer öffentlich-politischen und privatwirtschaftlichen Tätigkeit häufiger als in anderen, „größeren“ westlichen Staaten (Lepszy 1999: 335).⁵ Umgekehrt wirken führende Politiker auch häufig publizistisch, indem sie z.B. Leitartikel zu politischen Themen einschließlich solcher außenpolitischer Art in den großen niederländischen Tageszeitungen veröffentlichen, insbesondere im *NRC Handelsblad*.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen „formeller“ und „informeller“ außenpolitischer Elite in den Niederlanden sind die an manchen Ministerien angesiedelten **beratenden Expertengremien**. Bis 1997 hatten insgesamt vier außenpolitische relevante Gremien dieser Art getrennt bestanden: für Frieden und Sicherheit, für Menschenrechte und Außenpolitik, für Entwicklungszusammenarbeit sowie für europäische Integration. 1997 wurden diese vier Gremien zu einem zentralen Beirat für internationale Angelegenheiten zusammengefasst (Baehr 2000). Indem diese Gremien Akademiker und Aktivisten mit den formellen außenpolitischen Entscheidungsträgern zusammenbringen, erhöhen sie deren Einfluss auf die praktische Politik, auch wenn die Beratungsgremien formal natürlich keinerlei Mitentscheidungskompetenz besitzen. Sie werden jedoch gleichfalls aufgrund der Qualität der von ihnen mit oder ohne entsprechenden Regierungsaufträgen gesammelten und verfügbar gemachten Information geschätzt.

Die Existenz zahlreicher „informeller“ außenpolitischer Akteure wie „*single issue*“-Gruppen und den Angehörigen der „informellen Elite“ sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die außenpolitische Diskursstruktur in den Niederlanden normalerweise relativ eng ist, da die Zahl relevanter Akteure zwar sehr divers, aber eher klein ist und außenpolitische Themen in der Öffentlichkeit meist nur auf geringes Interesse stoßen. Doch besteht bei solchen Fragen, die auf großes öffentliches Interesse stoßen, durchaus die Möglichkeit einer „Öffnung“ der außenpolitischen Diskursstrukturen. Seit den 60er Jahren ist insgesamt eine signifikante Zunahme des öffentlichen Interesses an außenpolitischen Fragen zu verzeichnen gewesen (Deboutte und Staden 1978: 75), ohne dass dies freilich die privilegierte Stellung der „formalen“ außenpolitischen Diskurssträger – also der Angehörigen von Regierung und Parlament und insbesondere des Außenministers – allzu sehr beschädigt hätte. Deren Status in außenpolitischen Diskursen hängt allerdings stark von ihrer jeweiligen persönlichen Reputation ab. So war der langjährige Außenminister Luns für die niederländische Außenpolitik von den 50er bis Anfang der 70er Jahre geradezu dominant (Deboutte

⁵ Ein illustres Beispiel hierfür bietet die Person Joris Voorhoeves, der 1979 eine der bis heute bedeutendsten Monografien veröffentlichte und als führender Angehöriger der VVD von 1994 bis 1998 Verteidigungsminister der ersten Koalitionsregierung Kok war.

Netherlands

und Staden 1978: 78); eine derart beherrschende Stellung wurde danach von keinem Außenminister mehr erreicht.

Bibliographie:

- Baehr, P. R. (2000), The Netherlands Advisory Committee on Human Rights and Foreign Policy: a Retrospective., in: Netherlands Quarterly of Human Rights vol. 18 no.2, S. 183-193.
- Berghorst, D. (1996), De besluitvorming over de uitzending van een luchtmobiel bataljon naar Bosnië-Hercegowina. Amsterdam, Freie Universität Amsterdam.
- Bos, J. M. M. (1991), Dutch EC Policy Making. A Model-Guided Approach to Coordination and Negotiation. Political Science. Utrecht, University of Utrecht, S. 1-41.
- Deboutte, J. und F. v. Staden (1978), High Politics in Low Countries. A Study of Foreign Policy-Making in Belgium and the Netherlands, in: W. Wallace und W. E. Paterson (Hrsg.), Foreign policy making in Western Europe. A comparative approach, Westmead, S. 55-83.
- Everts, P. P., (Hrsg.) (1985), Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands, Dordrecht - Boston - Lancaster, Martinus Nijhoff.
- Everts, P. P. und G. Walraven (1989), The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy. The Case of the Netherlands, in: Cooperation and Conflict. Nordic Journal of International Politics 25(3), S. 103ff.
- Honig, J. W. (1993), Defense Policy in the North Atlantic. The Case of the Netherlands., Westport Connecticut /London, Praeger.
- Lepszy, N. (1999), Das politische System der Niederlande, in: W. Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen, Leske+Budrich, S. 331-364.
- Soetendorp, B. (1989), The NATO 'double track' decision, in: P. P. Everts und G. Walraven (Hrsg.), The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands, Aldershot, Avebury, S. 149-160.
- van Staden, A. (1985), To deploy or not to deploy: the case of the cruise missiles, in: P. P. Everts (Hrsg.), Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands, Dordrecht - Boston - Lancaster, Martinus Nijhoff, S. 133-156.
- Voorhoeve, J. J. C. (1979), Peace, Profits and Principles: A Study of Dutch Foreign Policy, Dordrecht, Nijhoff.